



# HESSISCHER LANDTAG

13. 03. 2014

Plenum

## **Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

Der Landtag wolle beschließen:

Es wird ein Untersuchungsausschuss nach Art. 92 HV und § 54 GOHLT eingesetzt.

Dem Ausschuss gehören 13 Mitglieder an (5 CDU, 4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 FDP).

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, umfassend aufzuklären, wer für die rechtswidrigen Anordnungen zur vorläufigen Stilllegung der beiden Atomkraftwerksblöcke in Biblis verantwortlich ist und welche Umstände zur rechtswidrigen Stilllegungsverfügung vom 18. März 2011 geführt haben. Es ist ebenfalls aufzuklären, ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

Dabei ist insbesondere zu klären:

1. Warum RWE als Beteiligte im Rahmen der Anordnung zur vorläufigen Stilllegung der beiden Atomkraftwerksblöcke in Biblis nicht gem. § 28 HVwVfG angehört wurde, obwohl kein Ausnahmegrund gem. § 28 Abs. 2 und 3 HVwVfG vorlag, wer an dieser Entscheidung mitgewirkt hat, ob sie beeinflusst wurde und, wenn ja, von wem und wer die Entscheidung getroffen hat.
2. Welche Gründe der Stilllegungsverfügung zugrunde gelegt wurden.
3. Warum im Unterschied zu den drei weiteren betroffenen Bundesländern der Anhörungsverzicht im Bescheid erklärt wurde.
4. Welche Warnungen es - bezogen auf den Anhörungsverzicht - von wem, wann und in welcher Weise gegeben hat und wie diese ausgestaltet waren.
5. Warum eine Anhörung nicht nachgeholt wurde.
6. Welche Hinweise es - bezogen auf die Nachholung der Anhörung - von wem, wann und in welcher Weise gegeben hat und wie diese ausgestaltet waren.
7. Ob und ggf. wie die Frage möglicher Entschädigungsforderungen und die Frage der Amtshaftung im Vorfeld der Verfügung abgewogen wurden.
8. Ob und wie die Entscheidungen, Abwägungen, Gespräche mit der Betreiberin RWE durch das federführende Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ab dem 11. März 2011 nachvollziehbar und entsprechend den Vorschriften dokumentiert wurden.
9. Ob und ggfs. wann und mit welchem Ziel Mitglieder der Landesregierung oder der Genehmigungsbehörde mit RWE in Gespräche zum sogenannten "Moratorium" eintraten und wer an diesen teilnahm.







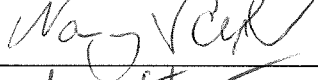

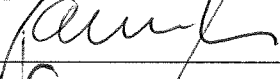





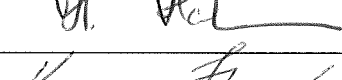
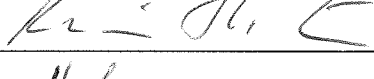
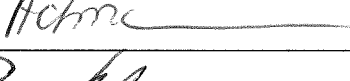

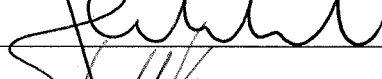
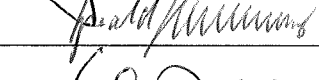
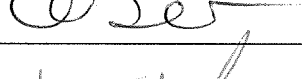


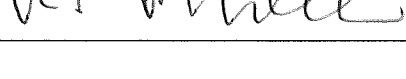
Die Haushaltsmittel für die Durchführung dieses Untersuchungsausschusses werden auf Antrag des Landtages durch die Landesregierung bereitgestellt.

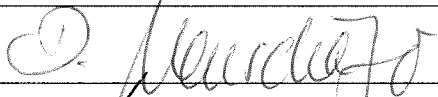

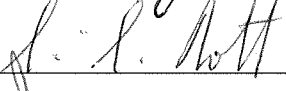
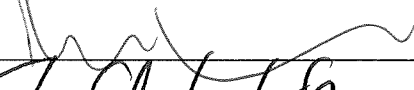
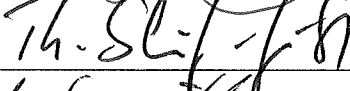
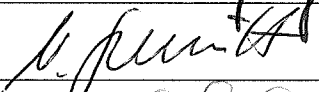


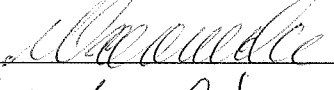
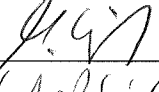
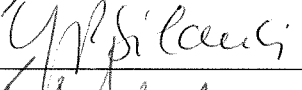
Wiesbaden, 13. März 2014

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

**Anlage:  
Unterschriftenliste  
der Abgeordneten  
der Fraktion der SPD**

Unterschriftenliste SPD-Landtagsfraktion (19. WP)

Alex, Ulrike	
Barth, Elke	
Decker, Wolfgang	
Degen, Christoph	
Di Benedetto, Corrado	
Eckert, Tobias	
Faeser, Nancy	
Frankenberger, Uwe	
Franz, Dieter	
Geis, Kerstin	
Gnagl, Lisa	
Gremmels, Timon	
Grüger, Stephan	
Grumbach, Gernot	
Habermann, Heike	
Hartmann, Karin	
Hofmann, Heike	
Hofmeyer, Brigitte	
Holschuh, Rüdiger	
Kummer, Gerald	
Löber, Angelika	
Lotz, Heinz	
Merz, Gerhard	
Müller, Regine	

Neuschäfer, Daniela	
Quanz, Lothar	
Roth, Ernst-Ewald	
Rudolph, Günter	
Schäfer-Gümbel, Torsten	
Schmitt, Norbert	
Siebel, Michael	
Dr. Spies, Thomas	
Warnecke, Torsten	
Waschke, Sabine	Sabine Waschke
Weiß, Marius	
Ypsilanti, Andrea	
Yüksel, Turgut	